

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Z.-L.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Besetzungszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Tunneleinbruch in Charlottenburg.

Acht Arbeiter unter den Trümmern begraben.

Wie uns kurz vor Schluß der Abendausgabe mitgeteilt wird, ereignete sich um 13.30 Uhr an der Neubaustrecke der Ringbahn zwischen Charlottenburg und Wihleben eine schwere Einsturzkatastrophe. Ein im Bau befindlicher Tunnel in der Nähe der Rönnestraße und des Dernburgplatzes stürzte aus bisher unbekanntem Ursachen plötzlich ein und begrub acht Arbeiter unter den Sandmassen.

Die Feuerwehr traf sofort mit mehreren Zügen an der Unfallstelle ein. Es gelang zunächst drei Arbeiter aus den Sandmassen in schwerverletztem Zustand zu retten.

Das Schicksal der anderen ist noch ungewiß.

Was wird aus der Befoldungsvorlage?

Noch immer kein Abschluß.

Der 1. Oktober, als der Tag, an dem die Beamtenbezüge nach der neuen Befoldungsordnung gezahlt oder auf die Vorschüsse gegeben werden sollen, rückt näher, ohne daß bisher etwas Positives beschlossen worden ist. Deshalb wird die Unruhe in den beteiligten Kreisen immer größer.

Das Reichskabinett hat zwar verkünden lassen, daß die Befoldungsvorlage vom Kabinett endgültig verabschiedet worden sei. Wir wissen aber, daß dies nicht zutrifft und daß noch erhebliche Differenzen zu bereinigen sind. Man will, wie wir erfahren, noch auf die Rückkehr Dr. Stresemanns warten, weil er gebeten hat, im Kabinett seine Stellung zu der Vorlage darlegen zu können. Inzwischen ist die Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages, in der über die Vorschuhzahlungen Beschlüsse gefaßt werden soll, von Donnerstag, dem 22. September vormittags 10 Uhr auf mittags 12 Uhr verlegt worden. Als Grund wird eine Kabinettsitzung angegeben, die am selben Tage vormittags stattfinden soll.

Es ist anzunehmen, daß erst in dieser Sitzung mit oder ohne Stresemann die Befoldungsvorlage vom Kabinett endgültig verabschiedet wird, und daß sich das Kabinett dabei auch über die Vorschüsse klar werden wird, die es wegen der Vorschuhzahlungen dem Haushaltsausschuß unterbreiten will. Der Haushaltsausschuß des Reichstages wird also genötigt sein, über die Vorschuhzahlungen ohne irgend eine Unterlage Beschlüsse fassen zu müssen, wenn überhaupt noch Vorschuhzahlungen am 1. Oktober geleistet werden sollen.

Unter diesen Umständen erscheint es ausgeschlossen, daß die neuen Befoldungsgruppen und die neuen Gehälter zur Grundlage der Vorschuhzahlungen gemacht werden. Es wird sich vielmehr empfehlen, die bisherigen Gehälter zu zahlen und hierauf als Vorschuh einen festen Betrag zuzuschlagen. Würde man ohne genaue Prüfung und Durchberatung der Befoldungsvorlage Vorschüsse aus den neuen Gehaltsstufen zahlen, so entstände die Gefahr, daß die Befoldungsverhandlungen des Reichstages und seine Entscheidungen präjudiziert werden. Übrigens hatte der Reichsfinanzminister Dr. Köhler angekündigt, die Beamtenpensionsorganisationen noch zu Verhandlungen über die Vorschuhzahlungen zu laden. Bisher ist dies jedoch nicht geschehen.

Der Sinn des Flaggenkampfes.

Stimmen aus dem Zentrum.

Das Berliner Organ des Zentrums, die "Germania", nimmt in einem Leitartikel zu der Flaggenfrage Stellung, nachdem die deutschnationale Presse und die Rechtsorganisationen dazu aufgerufen haben, den Geburtstag des achtzigjährigen Hindenburg zu einem Kampftag für die Kaiserfarben zu gestalten.

Diesem Treiben setzt das Zentrumsblatt schärfsten Widerstand entgegen. Es fragt nach dem Sinn dieser schwarzweißroten Propaganda:

Wir kennen als offizielle Farben keine gleichberechtigten Farben, sondern nur die als Reichsfarben allein berechtigten Farben Schwarzrotgold. Die Handelsflagge ist keine Nationalflagge. Immer wieder muß daran erinnert werden, daß die Minister, auch die deutschnationalen, und der Reichspräsident, wie es selbstverständlich ist, offiziell nur das schwarzrotgoldene Reichsbanner führen.

Der Kampf um die Farben hat nie getrachtet. Er ist auch geführt worden, als er nach außen hin nicht so in der Erscheinung trat, wie in den letzten Monaten. Darum ist die Darstellung, als ob der Berliner Magistrat und die preussische Regierung den Frieden gefährdet hätten, tendenziös. Der Kampf um die Farbenhaken würde nie mit solcher Leidenschaft geführt werden, wenn es sich nicht eben um Symbole handelte, um Symbole entgegengelegter Staatsauffassung. Ist es nicht etwa so, daß in den Herzen derer, die für Schwarzweißrot eintreten, auch heute noch das Verlangen lebt, die ganze neue Staatsordnung abzubauen? Jeder ist davon überzeugt, nur in der Deutschen Volkspartei scheint es Kreise zu geben, die sich noch in der Illusion wiegen, gleichzeitig für die Republik und die schwarzweißroten Farben eintreten zu können. Und doch steht fest: die Republik wird schwarzrotgold sein oder sie wird nicht sein. Es handelt sich darum,

dieser Sachlage ins Auge zu fassen. Der Kampf um die Sicherung der Grundlagen des neuen Staates ist noch nicht zu Ende. Eine unmittelbare Gefahr droht der Republik zwar nicht, aber es besteht die Gefahr, daß sie innerlich ausgehöhlt wird. Wer von der Teilnahme der Deutschnationalen an der Regierung eine stärkere und allgemeinere Bejahung der Grundlagen des neuen Staates erwartet hat, wird leider diese Erwartung heute nicht gut als ganz gerechtfertigt bezeichnen können. Wird von der Rechten die Parole ausgegeben: für Schwarzweißrot!, dann wissen wir: Nicht nur um die Farben geht der Kampf, sondern um den Staat, um den Inhalt, für den die Farben nur Symbole sind.

Die Wahlvorbereitungen im Bürgerblock gehen danach in verschiedenen Richtungen. Wir können es dem Zentrum nachfühlen, daß es nicht mit den Westarp und Scholz in einer Front den Wahlkampf führen möchte, trotzdem es in dieser Front die Zollgehe und die Mieterhöhungen mitbeschlossen hat und im Begriff ist, das schwarzweißrote Reichschulgesetz zu machen.

Aber ein anderes ist es, im Reichstag gemeinsame Politik gegen die Wähler zu machen, als vor den Wählern diese Politik in der gleichen Front zu verteidigen. Deshalb sieht das Zentrum mit steigendem Interesse, wie sehr sich die schwarzweißrote Garde von dem Zentrum als Koalitionsgenossen entfernt. Deshalb das wiederholte Betonen der Gegensätze. Wahrscheinlich ist es dem Zentrum nicht einmal unangenehm, wenn die Koalition mit den Junkern noch vor den Wahlen in die Brüche gehen würde.

Ein Verleumderkonzern.

Das "Freie Wort" vor Gericht.

Vor der Berufungsinstanz wurde am Montag in Essen ein Beleidigungsprozeß gegen den verantwortlichen Redakteur des "Freien Wort" Dr. Arnold verhandelt, der das journalistische Kunststück fertiggebracht hatte, in einem Schimpfartikel von knapp 25 Zeilen nicht weniger als ein Dutzend verleumderische Behauptungen gegen den Landtagsabgeordneten Genossen Ruttner aufzustellen.

In der ersten Instanz war Arnold zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Wie damals machte er auch jetzt keinerlei Versuch, auch nur eine einzige seiner Behauptungen zu beweisen. Er und sein Verteidiger ließen vielmehr nur um Herabsetzung der Strafe und beriefen sich darauf, daß Arnold seine Behauptungen "in gutem Glauben" aus dem "Deutschen Vorwärts" und aus einer Broschüre von Karl Erdmann übernommen habe. Außerdem sei er gegen den Beleidigten durch ein in "Lachen links" erschienenes Gedicht des bekannten Dichters Rabund erregt gewesen.

Rechtsanwalt Dr. Lepp-Essen als Vertreter des Nebenklägers Ruttner wies mit Recht darauf hin, daß das betreffende Gedicht fast anderthalb Jahre vor dem inkriminierten Artikel erschienen war, daß der Angeklagte also keine "Erregung" gut auf Eis gelegt haben müsse, oder richtiger gesagt - daß es sich um eine nachträglich erlommene Ausrede handelte.

Als einziger vernommener Zeuge konnte Genosse Ruttner leicht dargetan, daß von allen über ihn im "Freien Wort" aufgestellten Behauptungen ungefähr das Gegenteil den Tatsachen entspreche. In seinem Schlusswort als Nebenkläger wies er darauf hin, daß eine Anzahl von Heftblättern offenbar einen Konzern zur Verleumdung sozialdemokratischer Politiker bilden, indem sie zwar mit größter Genauigkeit jede herabsetzende Behauptung voneinander abschreiben und noch verschärfen, aber merkwürdigerweise nie etwas davon erfahren haben wollen, daß diese Behauptungen bereits durch Gerichtsurteil widerlegt worden sind.

Der die Anklage vertretende Oberstaatsanwalt beantragte Heraussetzung der in erster Instanz erkannten Strafe auf fünf Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte zwar an, daß bei der außerordentlichen Schwere der Beleidigungen, die in allen Punkten als widerlegt anzusehen seien, eine Geldstrafe nicht am Platze sei. Es ließ aber trotzdem eine befremdliche Rüge worten - wozu wohl auch der geradezu niederschmetternde Eindruck beitrug, den der Angeklagte trotz seines Doktorgrades in bezug auf seine geistigen Fähigkeiten machte - und setzte die Strafe von zwei auf einen Monat herab, wobei es dem Angeklagten für diesen Monat noch eine dreijährige Bewährungsfrist gegen Zahlung einer Geldbuße von 500 M. zuerkannte.

Es mag hier erwähnt werden, daß jüngst eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten, die Arnold wegen der bekannten Verleumdung des Ministers Hirtfelder erhielt, gleichfalls in der Berufungsinstanz trotz unveränderter Sachlage auf 2000 M. Geldstrafe herabgesetzt wurde. Charakteristisch ist schließlich noch, daß das als typisches Verleumderblatt anzuspreekende "Freie Wort" sich der besonderen Gunst volksparteilicher und schwerindustrieller Kreise in Essen erfreut.

Das Kriegsschadenschlußgesetz.

Eine Denkschrift der Geschädigten-Verbände.

Die Arbeitsgemeinschaft für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden hat in einer neuen Denkschrift, die jetzt den maßgebenden Regierungskreisen zugeht, ihre Stellungnahme zu dem Entwurf eines Kriegsschadenschlußgesetzes festgelegt und eingehend begründet.

Das Blutbad in Litauen.

Furchtbare Unterdrückung des antifaschistischen Aufstandes

Von Abg. Bruno Rainin, Riga.

Bald nach dem faschistischen Umsturz vom 17. Dezember 1926 und der Verjagung des Parlaments war es für jeden aufmerksamen Beobachter Litauens klar, daß das faschistische Regime Smetonas-Woldemaras-Daufantas eine gewaltsame Aufhebung des getriebenen Volkes hervorgerufen wird. War doch der Dezemberputsch nur durch die Unwachsbarkeit der demokratischen Elemente möglich gewesen. Die faschistische Regierung konnte sich nur auf einige hundert junger Bourgeoisoffiziere und auf ganz dünne Schichten des Großbürgertums stützen. Im Parlament konnten die jetzigen Machthaber nicht mehr als ganze fünf Abgeordnete von den 85 aufbringen! Woldemaras hat zehn Monate nur mit dreihundert faschistischen Leutnants und einigen, den Dezemberhelden ergebenden Truppenteilen gegen den ausdrücklichen Willen der großen Volksmehrheit regiert.

Es ist dieses ein reines Gewaltregime einer numerisch ganz kleinen militärischen Clique. Das ganze litauische Volk aber, sogar die christlich-kerkale Partei ist gegen die faschistischen Gewalttäter.

Breite Massen der Bauern, die in Litauen 90 Prozent der Bevölkerung ausmachen, sowie die Arbeiterschaft und ein beträchtlicher Teil der Armee, geriet schon im Frühjahr 1927 in Gärung. Schon damals war die Lage sehr kritisch und in den Tagen um den 15. März war die Usurpatorenregierung in großer Furcht. Es wurden damals Massenverhaftungen, besonders im Heere vorgenommen. Der bürgerlich-demokratische Abgeordnete Dr. Palaujis wurde zum Tode verurteilt. Mit diesen Repressalien gelang der Faschistenclique die Unterdrückung der ersten Aufwallung der Volksmassen.

Die antifaschistische Bewegung war aber dadurch noch lange nicht beendet. Die Gewaltmaßnahmen der herrschenden Clique wurden immer dreister. Es herrschte volles Versammlungsverbot. Arbeiterorganisationen wurden aufgelöst, die Presse durch Zensur geknebelt, die Worte "Demokratie" und "demokratisch" wurden immer gestrichen! Verhaftungen unerschuldiger Arbeiter und Bauern wurden massenweise vorgenommen. Viele Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und der bürgerlichen Demokraten (Laudininken) mußten flüchten; zumeist gingen sie nach Lettland. Hier, in Riga, wird auch die einzige freie Zeitung der litauischen Demokratie, "Laudas Balsas", gedruckt.

Im Herbst wurden die Volksmassen besonders durch die beabsichtigte Verfassungsänderung, welche Litauen auch "rechtlich" in eine faschistische Mordhöhle verwandeln soll, gereizt. Diese Verfassungsänderung wollte man durch eine gefährliche Volksabstimmung bei voller Unfreiheit der Gegenagitation durchsetzen. Die Empörung wurde immer größer und es kam zum bewaffneten Aufstand.

Das Signal zum Aufstand gaben die Arbeiter der Kreisstadt Tauroggen, unweit der deutschen Grenze. Am 9. September vier Uhr morgens begannen 150 Aufständische ihren Kampf für die Wiederherstellung der Demokratie. Die Führer waren der sozialdemokratische Abgeordnete Genosse Mikulski (Sekretär des Landarbeiterverbandes) und ein Hauptmann des Generalstabes, Rajus, bürgerlicher Demokrat. Die Staatsgebäude wurden ohne großen Widerstand besetzt, die Polizei entwaffnet. Abgeordneter Genosse Pletschkaitis zog mit einer Kolonne Arbeiter und Bauern gegen die benachbarte Stadt Olita. Die Hauptstadt Kowno und die größten Provinzstädte waren in Gärung geraten. Doch es kam leider hier nicht zum offenen Aufstand. Dadurch war das Wüthigen des Aufstandes besiegelt. Wohl haben sich mehrere Teile des 7. Infanterieregiments von Memel, sowie das 9. Infanterieregiment und das Eisenbahnbataillon in Schaulen geweigert, nach Tauroggen zu marschieren. Man formierte dann eine Offiziersgruppe, die gegen drei Uhr nachmittags nach einigen Kämpfen Tauroggen besetzte.

Die Aufständischen ergriffen die Flucht. Man versuchte, nach Deutschland und Lettland zu entkommen. Wieder andere gingen nach Polen. So die Gewerkschaftsführer und Abgeordneten Pajlauskas und Kedis, die am 12. September die Demarkationslinie bei Wilna überschritten. Der Aufstandsführer, Genosse Mikulski, wurde am 11. September während seiner Flucht nach Lettland von den Faschisten in einem Dorf umzingelt und nach tapferer Verteidigung erschossen. Seine Leiche war von zehn Kugeln durchbohrt. So hat einer der aktivsten Funktionäre der Sozialdemokratie Litauens den Heldentod gefunden.

Sogleich begann die blutige Rache der faschistischen Regierung. Es wurde in Tauroggen ein Kriegsgericht eingesetzt. Dieses fällt seit dem 13. September täglich mehrere Todesurteile. Es sind bis zur Stunde schon 20 Personen erschossen. In der Stadt wurden zweihundert Verhaftungen vorgenommen. Unter den Erschossenen befinden sich fünf Jünglinge im Alter von vierzehn bis sechzehn Jahren! Ein fünfzehnjähriger Genosse wurde zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Hinrichtungen dauern an.

Die Wut der Henker kennt keine Grenzen. Sozialdemokraten und bürgerliche Demokraten werden zu Hunderten verhaftet. Es befinden sich schon zwanzig Abgeordnete in Gefängnissen! In Kowno hat man die ganze Redaktion des "Sozialdemokraten" verhaftet. Der Parteisekretär, den man festnehmen wollte, ist geflüchtet. Die

Leitung des Sozialdemokratischen Jugendverbandes, mehrere sozialdemokratische und demokratische Stadträte von Rowno und Schulin, sowie der Bürgermeister von Tauroggen befinden sich in Haft. Im ganzen Lande sind mehr als tausend Personen verhaftet. Der größte Teil der politisch tätigen Parteigenossen sucht seine Rettung in den Wäldern oder im Auslande. Blutiger Terror herrscht in ganz Litauen.

Die Gärung im Heere ist niedrigerungen. Viele Soldaten und Unteroffiziere sind verhaftet. Mehrere Kompagnien hat man entwaffnet. Einige Regimenter, die als unsicher gelten, werden nicht aus den Kasernen entlassen. Die faschistische Offiziersclique will reinen Tisch machen.

Von irgendwelcher Menschlichkeit ist bei diesen Banditen keine Spur. Der Präsident Smetona hat abgelehnt, eine Deputation aus den bekanntesten Persönlichkeiten der Literatur und Wissenschaft, die gegen die Todesurteile protestieren wollten, zu empfangen. Dieselbe Abgabe erhielt auch eine Abordnung bürgerlicher Frauen, die um Gnade bitten wollten. Der blutdürstige Usurpatorpräsident soll bei der Bestätigung der Todesurteile nicht gestört werden.

So ist der erste antisowjetische Aufstand mißlungen. Es mögen tragische Mißverständnisse und Fehler dieses Fiasto herbeigeführt haben. Das litauische Volk hat aber durch seine gewalttätige Aufsehung vor ganz Europa seine tiefste Empörung gegen Faschistenherrschaft demonstriert. Ihr letztes Wort haben die Sozialisten und Demokraten noch nicht gesagt.

Mögen nun die Arbeiterorganisationen des Auslandes für das in schwerster Not tapfer kämpfende Arbeiter- und Bauernvolk Litauens eintreten und ihm die moralische Unterstützung des internationalen Proletariats entgegenbringen!

Eine Lehre kann man schon heute aus den blutigen Ereignissen in Litauen ziehen: wie schwer es ist, eine faschistische Gewaltherrschaft, die im Lande selbst nur geringen Anhalt besitzt, zu stürzen, wenn die Faschisten erst einmal die Staatsgewalt mit ihren militärischen und sonstigen Machtmitteln ergriffen haben. Deshalb Wehrhaftmachung der Arbeiterschaft! das internationale Gebot der Stunde!

## Woldemaras Pilgersfahrt nach Rom.

„Die Königsfrage nicht aktuell.“

Rom, 20. September.

Die Wilnaer polnische Zeitung „Słowo“, ein Blatt monarchistischer Richtung, veröffentlicht ein Interview, welches Ministerpräsident Woldemaras dem Genfer Berichterstatter des Blattes gewährt hat. Woldemaras erklärte dabei, daß er Mitarbeitern polnischer Zeitungen sonst grundsätzlich keine Interviews gewähre, mit einem Wilnaer Blatt mache er jedoch eine Ausnahme, da „Wilna zu Litauen gehört“. Der Minister äußerte über seine Romfahrt, die zwar zunächst dem Abschluß gewisser Verträge gelte, sie habe aber auch „eine demonstrative Bedeutung“. Zur Frage der polnisch-litauischen Beziehungen äußerte Woldemaras, es könne sich nur um die Lösung des Gesamtkonflikts handeln, nicht aber um Abkommen über Teilfragen. Die Frage der Revision der polnisch-litauischen Grenze werde wohl gemeinsam mit der Frage der Revision der Ostgrenzen Deutschlands zur Verhandlung kommen. Er glaube zwar nicht, daß Deutschland dies in wenigen Jahren erreichen werde, aber „die Konjunktur ist Deutschland günstiger als Polen“. Zur innerpolitischen Lage übergehend, bemerkte der Minister: die Meinung, daß die Bauern des Kreises Bischof dem Präsidenten Smetona die Krönungskrone angeboten hätten, sei zwar eine Erfindung, aber es stehe jedenfalls fest, daß der litauische Bauer einen König haben will oder wenigstens ein Staatsoberhaupt auf Lebenszeit. Jedoch fehle es an einem geeigneten Kandidaten für die Krönung, so daß er diese ganze Frage nicht für aktuell halte. Die Agrarreform müsse als ein Verstum erlitten werden, weitere Landenteignungen würden auch nicht vorkommen.

## Das Wunder am Kniefreien Rock.

Von Felix Kamenbach.

Defolietees, kurze Röcke und fleischfarbene Strümpfe verursachen den hohen Kirchenherren schwerste Sorgen um das Seelenheil ihrer frommen Schäfchen. Hells, was helfen mag! Ein Hirtenbrief jagt den anderen, und jeder wehrt in immer noch schärferer Tonart als der vorhergehende gegen die „Verderbnis“ der netten und praktischen kurzen Röckchen, gegen die „Schamlosigkeit“ der Busenanschnitte und der nackten Arme, und nicht zuletzt auch gegen die „hinverwirrenden“ fleischfarbenen Strümpfe. Bischof Wojniski von Pinsk hat dabei zweifellos den Vogel abgeschossen, und weil sein letzter Hirtenbrief gar so amüßant ist, sei er hier im Wortlaut wiedergegeben. Das Donnerwetter, das der fromme Mann auf seine Diözesen losließ, hört sich so an:

„Der Kampf mit der dummen und gottlosen Mode hat bisher nicht zum Ziel geführt. Aus Bequemlichkeit, Nachlässigkeit und Sinnlichkeit gehen unsere Frauen sich immer schamloser an. Sie zeigen nicht nur ihre Glieder und ihre Haut, die übrigens oft recht häßlich und außerdem noch ungeschützt demalst ist. Man kann schon absehen, daß sie sich nächstens wie die Indianer leuchtende Gegenstände in Nasen und Ohren stecken werden. Vor allem zeigen sie so die schmutzigen Regungen ihrer Seelen, Sinne und Herzen. Ja, die Verderbnis geht so weit, daß diejenigen, die sich zum Beispiel nicht trauen, mit nackten Beinen herumzulaufen, wenigstens nachts nackt ausgehen wollen, indem sie fleischfarbene und durchsichtige Strümpfe tragen. Man scheint sich nicht einmal, die unschuldigen Kinder zu verderben, die durch diesen Anblick schlecht werden müssen und die man übrigens ebenso schamlos ansieht.“

Es ist nicht bekannt geworden, ob die frommen Frauen und Mädchen in der Diözese des Bischofs Wojniski jetzt nur noch dicke, wollene Strümpfe tragen, ob sie Hals und Arme sitzig und braun unter dunklen, rauhen Stößen vor lusternen Männeraugen verbergen und ob die Röcke inzwischen von Kniehöhe bis hinunter zu den Knöcheln verlängert wurden.

Aber der Ruhm des Bischofs Wojniski strahlt die deutschen Amtsbrüder nicht ruhen. Bald flatterten von München und Regensburg, von Bamberg und Köln, von Freiburg und anderen Bischofsstühlen gefährliche Hirtenbriefe gegen die „gottlose Mode“ unter Ne Gläubigen. Trotz aller Sorge um die Verkirklichung der Schöpfung durch das Reichschulgesetz, trotz des Kopfzerbrechens darüber, wie das Phänomen der stigmatisierten „Wunder-Kell“ von Sannereuth mit dem heutigen Stand der Wissenschaft in Uebereinstimmung zu bringen ist, haben die deutschen Bischöfe noch Zeit, sich um die kurzen Röcke ihrer Schäfchen zu kümmern. Der Freiburger Erzbischof gehört zu denen, die besonders heftig gegen diese „gottlose“ Mode eifern. Und gerade diesem frommen Kirchen-

Zur Komroße des Ministerpräsidenten schreibt die offiziöse „Litwa“: einst habe die Kirche das einigende Band zwischen Rom und Rowno geknüpft, heute sei es der Staatsgedanke in russifischer Prägung. Mussolini habe der Welt gezeigt, wie man die zersetzenden Elemente bekämpft und einen Staat neu formt. Der faschistische Staatsgedanke sei mit den Ideen der Kera in Litauen verwandt.

## Verhaftete Polizeieuppen.

Riga, 20. September.

„Jaunulais Jinas“ berichtet, daß die vom Militär vertriebenen Aufständischen von Tauroggen in die Wälder geflohen sind und sich dort militärisch organisieren. Ihre Abteilungen werden von den Bauern unterstützt. Sie veranstalten Ueberfälle auf staatliche Gebäude. In Jurburg drangen die Aufständischen in das Städtchen ein und verhafteten die Polizeimannschaft, die sie später aber wieder freiließen. Nur den Polizeikommandanten nahmen sie in den Wald mit, verprügelten ihn und schickten ihn dann wieder nach Hause.

## Zutreiber des Imperialismus.

Wer ist es?

Die Kommunisten haben früher einmal die gemeinsame deutsch-russische Befreiungsschlacht am Rhein gegen die Entente gefordert, Clara Zetkin hat im Reichstag das Bündnis zwischen Reichswehr und Rotarmisten gefordert, und zum Beweise dafür, daß dies alles mehr sei als leere Worte, hat Rußland der Reichswehr Granaten geliefert. Die Sozialdemokraten, die sich gegen dieses wahnwitzige Treiben wandten, wurden als Pazifisten verhöhnt und beschimpft.

Heute ist alles wieder ganz anders. Die Kommunisten geben sich pazifistisch. Sie proklamieren den „Kampf gegen den imperialistischen Krieg“ und behaupten, die Sozialdemokraten wären „Zutreiber des Imperialismus“. Die Opposition im Kommunismus hat aber die alten Zeiten doch nicht ganz vergessen, und so kommt es, daß in der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ folgendes zu lesen steht:

Der „Kampf“ der leninistischen Partei „gegen den imperialistischen Krieg“ ist faktisch nichts anderes, als elende Phrase und Rassenbetrug. Denn im Interesse der russischen Staatspolitik muß die Moskauer Internationale die Proletarier eines kapitalistischen Staates als Kanonensfutter in den imperialistischen Krieg hegen, sobald Rußland mit diesem Staat im Bündnis steht!

Moskaus Politik treibt am Ende die Arbeitermassen in den Krieg für die Profitinteressen der russischen Kapitalisten und Kulaken wie der mit ihnen verbündeten imperialistischen Bourgeoisien — der internationale Kampf des Proletariats gegen den Imperialismus muß deshalb auch geführt werden gegen die leninistischen Burgfriedenspolitiker!

Die Lebensarten dieser Oppositionskommunisten gegen die Offiziellen sind genau die gleichen wie die der Offiziellen, Moskautreuen gegen die Sozialdemokratie. Der Unterschied ist nur der, daß in der Anklage gegen die SPD immerhin ein ernster Kern steckt, der in den Schimpfereien der „Roten Fahne“ gegen die Sozialdemokratie vollständig fehlt.

## Wer ist Doppelverdiener?

Ein preußischer Erlaß.

Der preußische Minister des Innern bringt den Behörden der inneren Verwaltung, den Gemeinden und Gemeindeverbänden, ein Schreiben des Reichsarbeitsministers an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zur Kenntnis, aus dem folgende Stellen von allgemeiner Wichtigkeit sind.

In meinem Schreiben vom 24. September 1926 habe ich als „Doppelverdiener“ insbesondere die Personen bezeichnet, die sich im Genuße einer auskömmlichen Pension oder Rente befinden. Zu den Doppelverdienern gehört daher nicht, wer nur zeitlich begrenzte Zuschüsse und Beihilfen erhält, die ihm den Uebergang in einen anderen Beruf erleichtern sollten. Das trifft auf die Angehörigen der Wehrmacht und der Schutzpolizei zu, denen

nach ihrem Ausscheiden geringe Uebergangsgeldbeträge auf ein, zwei oder höchstens drei Jahre gewährt werden, weil sie durch ihre jahrelange Dienstzeit dem freien Erwerbseben entfremdet werden und ihre Kenntnisse nicht fortentwickeln können. Sie haben daher in der Regel nach ihrer Entlassung wesentlich geringere Verdienstmöglichkeiten als andere Arbeitnehmer.

Wie mir mitgeteilt wird, haben aber eine Anzahl Arbeitgeber die Beschäftigung von Personen, die Uebergangsgeldbeträge erhalten, unter Bezug auf mein Schreiben vom 24. September 1926 abgelehnt. Das entspricht nicht dem Sinn und Zweck dieses Schreibens. Ich bitte Sie daher ergebenst, die Ihnen angeschlossenen Verbände über die Sachlage aufzuklären und somit dazu beizutragen, daß den ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht und der Schutzpolizei das Untertommen auf dem Arbeitsmarkt erleichtert wird.

## Bürgerblock in Amsterdam.

Kampfanzeige der Sozialisten.

Der Kampf um das Ratsherrenkollegium der Stadt Amsterdam hat nun mit dem endgültigen Verzicht der Sozialdemokratie auf weitere Beteiligung an der Verwaltung seinen vorläufigen Abschluß gefunden. Von ihren Stellen fielen nach einem Kompromiß der bürgerlichen Mehrheit 2 den freisinnigen Demokraten und 1 den Freiheitssyndikaten zu. Die fünf freisinnigen Demokraten stellen also zwei Ratsherren, während man den fünfzehn Sozialdemokraten nicht einmal ihre Ämter wieder zur Verfügung stellen wollte. — „Het Volk“ weist darauf hin, daß der Bürgerblock jetzt mit einer Mehrheit von 25 Stimmen regieren könne. Dieses Kollegium werde vier Jahre lang verwalten. Aber auch die freisinnigen Demokraten saßen vier Jahre an der Reaktion fest, der sie das Regieren in Amsterdam ermöglicht haben. Nach vier Jahren würden sie sich für diesen Verrat zu verantworten haben, auch wenn ihnen der Boden unter den Füßen inzwischen zu heiß würde.

## „Laßt uns hoffen...!“

Englisches zur Tannenbergs-Rede.

London, 20. September. (Eigenbericht.)

Die Weltartikel von heute morgen handeln von der Tannenbergs-Rede Hindenburgs. Zum Unterschied von Frankreich, wo man überwiegend an der Allein Schuld Deutschlands festhält, neigen sie fast durchweg dazu, die Diskussion über die Schuld am Kriege mit dem Einwand abzulehnen, daß man solche alten Geschichten lieber nicht ausgraben, sondern das Vergangene besser vergessen solle.

Aus dem Chor dieser Stimmen hebt sich die liberale „Westminster Gazette“ ab. Sie vermag keinen Grund zu entdecken, Klage darüber zu führen, daß die Deutschen in ihren Protesten fortfahren. Sie sieht in diesen Protesten nur die natürliche Folge der „plumpen Annahme“ der Allierten, die versucht hätten, in Versailles das Urteil der Geschichte vorauszunehmen. Wenn Präsident v. Hindenburg den Entrüstungsprotest seiner Landleute wiederholt, dann laßt uns vor allem die Tatsache bemerken, daß dieser alte preußische Krieger die Anstiftung eines Krieges für ein Verbrechen und für eine Sünde hält, und laßt uns hoffen, daß er ebenso gedacht haben würde, wenn der große Krieg einen anderen Ausgang genommen hätte. Dies ist bedeutungsvoll für die Zukunft, und es ist ein so erhebliches und willkommenes Abweichen von der preußischen Doktrin, die Nießche, Treitschke und Bernhardt vor dem Kriege geprägt haben, daß wir sie ohne Kritik oder Zögern akzeptieren können.“

Reichsbanner und Hindenburg-Feier. Vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (Hau Berlin) wird uns geschrieben: Nachdem die Reichs- und Staatsregierung entsprechend dem Wunsch des Herrn Reichspräsidenten, an seinem Geburtstag von allen feierlichen Veranstaltungen abzusehen, keine offiziellen Feiern abhalten, hat das Berliner Reichsbanner gleichfalls davon Abstand genommen, sich besonders an der Spalierbildung am 2. Oktober zu beteiligen.

hirten passierte bald nach Erlaß seines Hirtenbriefes ein gar peinliches Wolkeur.

Die Erzdiözese Freiburg (i. Br.) feierte im Sommer dieses Jahres mit großem Pomp ihr Jubiläum. Dabei gab's natürlich auch ein Festessen, an dem u. a. der päpstliche Nuntius Pacelli, Staatspräsident Trunk, der Erzbischof von Freiburg, eine Anzahl Bischöfe, Leibe und viele hohe Geistliche teilnahmen. Aber auch zwei Damen waren dabei — die Gattin des badischen Staatspräsidenten und die Gattin des Freiburger Oberbürgermeisters. Weil's aber heute ohne Photographie nur einmal nicht geht, wurde zum Schluß die ganze illustre Gesellschaft geflitzelt. Aber — o Schreck! Als am anderen Tage die Photographien verkauft wurden, war man doch erstaunt, zwei Damen in modernster Gesellschafts toilette inmitten der hohen kirchlichen Würdenträger sitzen zu sehen. Was aber das erschütterlichste war: Die Frau Staatspräsidentin trug ein Röckchen, das nur knapp bis an die Knie reichte!

Was war zu tun? Vor kurzem hatte der Erzbischof erst in seinem Hirtenbrief gegen die kurzen Röcke gewettert, und nun werden auf allen Straßen Freiburgs Bilder an die Gläubigen verkauft, die Seine Eminenz dicht neben einer so gottlos kurzberockten Frau zeigen!

Doch die Kirche wußte sich zu helfen. Ueber Nacht verschwanden die „anständigen“ Photographien, und als am übernächsten Morgen neue erschienen, war ein Wunder geschehen. Der Rock der Frau Staatspräsidentin reichte nun fast bis an die Knöchel herunter. Durch geschickte Retusche hatte der Photograph das Ansehen der geistlichen Oberhirten und das Seelenheil ihrer frommen Schäfchen gerettet.

## Prof. Passarges Reformprogramm.

Der deutschnationale Kandidat für die Hamburger Bürgerschaftswahlen, Universitätsprofessor Dr. Passarge, hat in einer Schrift das folgende gemüthliche „Wiederbauprogramm“ aufgestellt: „Verbot der Lebensmittelpolitik, damit der Bevölkerungsschutz durch Hungerernte beseitigt wird, ferner Verbot aller Maßnahmen gegen Seuchen, Verbot aller Impfungen und iries Walfen aller die Großstädte reinigenden Epidemien. Abschaffung der sozialen Fürsorge, des Schulzwanges und der allgemeinen Schulpflicht.“

Kennen Sie den Hamburger Universitätsprofessor Passarge? Ein Mensch von Geschmack und Originalität! Wissenschaftler mit soliden Rasseinstincten und einer Weltanschauung, die einen seltenen Gehirnschlag ins Erzentrische hat.

Passarge, garantiert langjährig, Antisemit aus Reigung und Beruf, kandidiert für die Hamburger Bürgerschaftswahlen bei den Bürgerschaftswahlen. Ein zugkräftiger Kandidat mit einem Programm, wie es die Welt noch nicht gesehen hat!

Da entblättert sich die Seele Ostlebens in Reinerfahrungen. Herrn Universitätsprofessor Passarge hat der Weltkrieg noch zu viel Beute, insbesondere Proleten, übriggelassen. Um allen mehr oder minder rätischen Erscheinungen unseres poli-

tischen Lebens die republikanische Spitze radikal abzubrechen, empfiehlt Passarge, der Volksanerker und nationale Kandidat, gut militärische Arbeit: Säuberung des Territoriums durch eine glänzende funktionierende Hungersnot. Das ist Artocrebung frischweg für König und Vaterland!

Wird das ein Wauhi werden für die überernährten Passarges, wenn man nach ihrem Programm die Proleten durch Hunger serienweise verrotzt läßt.

Spah! Seichte, denkt Passarge, ist es keine glänzende Idee, die verdammten Sozis durch Lebensmittelperre müde zu klopfen und auszuhungern! Weder Bomben noch Blausäure, und nur noch engros! — — —

Kein Mensch kann leugnen, daß der schwarzweirrote Wahlkandidat mit großzügigen Projekten schwanger geht! Aber es kommt ja noch weit besser! Herr Passarge möchte uns ein paar zutrauliche Bazillen mit auf den Lebensweg geben.

Reit und rund, ohne viel Theater: Typhus, Cholera, Pestinfektionen gefällig? Das Verbot aller Impfungen soll dazu noch ein übriges tun.

„Großstädte reinigende Epidemien“ nennt das der deutschnationale Wahlkandidat.

Herr Dr. Passarge ist ein Juwel. Man sollte sein lorbeerkränzes Bild in allen illustrierten Blättern der Linken ganzseitig zum Abdruck bringen. Dieser Reinigungsbasillenkandidat hat das Volk wichtiger auf als 1000 schwungvolle Weitarbeiter es je tun können. — Denn beglückter Dr. Passarge ist weder Berückter noch Bestie, sondern nur ein deutschnationales Programm.

Er ist ehrlicher, kaum aber brutaler als die anderen Gesinnungsfreunde.

Ihm ist die Maske verrückt. Und die Wägen der „pöbel“hoffenden Feudalreaktion kam barbarisch nach zum Vorschein.

Laßt noch 100 Passarges diese puhige Sorte Nächstenliebe predigen — und wir werden von der „deutschnationalen Seuche“ endgültig geheilt sein.

Mag uns dann der freundliche Akademiker soviel Pestilenzien an den Hals wünschen, als es ihm Spah macht. R—h.

Ein Volkstheater in Paris. Henri Barbusse kündigt an, daß er beabsichtigt, nach dem Rußer des bekannten Bloomschen Volkstheater in Paris eine Volkstheater zu gründen. Er hofft, mit den Vorbereitungen bis Ende Oktober fertig zu sein und das Theater zu Ehren des zehnjährigen Gedanktages der russischen Revolution mit einem Drama von Balzac-Couturier „Vive la Commune!“ einzuweihen. Weiterhin werden im Programm Stücke von Gerhart Hauptmann, Tolstoj, D'Annunzio und von modernen russischen Autoren angeführt. Die Inszenierungen sollen völlig fertiggestellt an Vereinigungen und Gruppen weitervermittelt werden.

Als Schauspieler-Nachfolge, deren Reinertrag für die Volkstheater, sollen der Bühnengenossenschaft bestimmt ist, hat die Direktion der Volkstheater eine Aufführung von Tolstoj „Hoppa, wir leben“ am Samstag, dem 24. September, abends 11<sup>1/2</sup>, zur Verfügung gestellt. Karten im Bureau des Bezirksverbandes der Bühnengenossenschaft.

# Die Kazzia im Kiebe-Werk.

## Die drei verhafteten Angestellten angeblich stark belastet. — Neue Erklärungen.

Die Durchsuchungen im Kiebe-Werk in Weihensee dauerten gestern bis in den späten Abend hinein. Nach ihrem Abschluß wurde das Werk wieder freigegeben und arbeitet weiter. Das Material, das zum Teil über die Schweiz gegangen ist und die drei hier festgenommenen Angestellten belastet, Zeichnungen und Berechnungen für Maschinen und Kugellager und Briefe, wurde beschlagnahmt und der Staatsanwaltschaft in Stuttgart zur weiteren Bearbeitung übermietet. Die Berliner Kriminalpolizei war lediglich zur Hilfeleistung bei den umfassenden Durchsuchungen herangezogen worden. Die drei Verhafteten wurden von dem Stuttgarter Kriminaloberinspektor noch einmal eingehend vernommen und dann dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Voraussichtlich werden sie nach Stuttgart gebracht und dort der Staatsanwaltschaft übergeben werden.

Die Leitung der Kiebe-Werke hat angegeben, daß mit ihrem Wissen oder Willen ein derartiges Vorgehen ihrer Angestellten nicht erfolgt sei, und sie bestreitet auch weiterhin, daß Pläne oder Zeichnungen der Norma-Werke in ihrem Betriebe verwendet worden sind. Im Gegenzug dazu stehen die Norma-Werke auf dem Standpunkt, daß die Aktion der Staatsanwaltschaft und der Polizei noch längst nicht abgeschlossen sei, daß vielmehr der Kreis der in Frage kommenden schuldigen Personen ein weit größerer sei.

### Der Konkurrenzkampf Kiebe-Norma.

Zu der kriminalistischen Aktion bei der Kiebe-A.-G. in Berlin-Weihensee gab heute der Aufsichtsratsvorsitzende der Gesellschaft, Herr Richard Kahn, nähere Erklärungen ab. Zunächst der S.K.F.-Norma, die in der deutschen Kugellagerkonvention eine führende Rolle spielt, und der Kiebe-A.-G., Weihensee, besteht seit dem Austritt der Kiebe-A.-G. aus dieser Konvention ein äußerst erbitterter Konkurrenzkampf. Die Kiebe-Werke, die die schroffe Preispolitik der Konvention nicht mitmachen wollten und daher der Kugellager verarbeitenden Industrie bedeutend billiger liefern konnten, waren in der Lage, auf Grund der zahlreichen Auftrags-eingänge, ihren technischen Angestelltenstab sowie ihre Beschäftigten fast zu verdoppeln. Natürlich wurden diese neuen Kräfte, wie es innerhalb derartig aufgebauter Spezialindustrien allgemein üblich ist, von Konkurrenzfirmen übernommen. Jedoch betonte Herr Kahn, daß seitende technische Angestellte der S.K.F.-Norma nicht bei den Kiebe-Werken eingestellt wurden, da verschiedene Verhandlungen nicht zu einem Ergebnis führten, sondern außer einigen Arbeitern nur zwei Werkmeister.

Einen wichtigen Bestandteil dieser ganzen Angelegenheit bildet folgender Vorfall: Aus der S.K.F.-Norma trat vor einiger Zeit ein

Oberingenieur Karer aus und ging zu den Schweizer Kugellagerfabriken Ardon über. Diese Fabrik erteilte den Kiebe-Werken, die zu der Kiebe-A.-G. gehören, Aufträge auf spezielle Werkzeugmaschinen, die nach Konstruktion zu liefern waren. Wenn diese Konstruktionen, wie die S.K.F.-Norma behauptet, tatsächlich von dem Oberingenieur Karer gestohlen sein sollten, so würde das die Kiebe-Werke A.-G., die von diesen Vorgängen, wie Herr Kahn ausdrücklich feststellte, keine Ahnung hatten, in keiner Weise betreffen. Die Kiebe- bzw. Kiebe-Werke haben den Auftrag wie jeden anderen gewöhnlichen Auftrag zur Erledigung übernommen.

Zu der gestrigen Polizeiaktion in den Kiebe-Werken erklärte Herr Kahn, der selbst in Düsseldorf und durch die Telefonsperre verhindert war, mit der Direktion oder irgendeinem Angestellten der Fabrik zu sprechen, folgendes: Außer einer Anzahl Kriminalbeamten erschien mit einigen anderen technischen Angestellten der Konkurrenzfirma S. K. F.-Norma der kaufmännische und technische Direktor dieser Firma.

### Unter dem Schutze der Polizei

hatten die Herren Gelegenheit, zwölf Stunden lang sämtliche internen Geschäftsvorgänge zu studieren. Sie konnten Konstruktionsbüros, Registraturen, kaufmännische Büros durchsuchen, ohne überhaupt den Herren der Verwaltung deklariert zu werden. Es war in der Tat so, daß diese Herren von der Konkurrenz die geheimsten Vorgänge in die Hand bekamen, u. a. einen Vertrag über ein erst kürzlich abgeschlossenes Exportgeschäft mit Spanien.

Von den Vertretern der Kiebe-Werke wird grundsätzlich bestritten, daß irgendein Fabrikationsgeheimnis oder irgendeine Handlung, die mit unlauterer Konkurrenz etwas zu tun haben könnte, vorgefallen sei. Eine Patentverletzung käme schon deswegen gar nicht in Frage, da in der Kugellagerkonvention, der die Kiebe-Werke bis zum vorigen Jahre angehörten, auch eine sogenannte Patentkonvention bestand, d. h. die Werke untereinander keine technischen Geheimnisse besaßen.

Ohne zu dem bisher ungeklärten Tatbestand Stellung zu nehmen, muß die kriminalistische Aktion in den Kiebe-Werken doch sehr merkwürdig berühren, da unter dem Schutze der Kriminalisten den ersten Fachleuten einer Konkurrenzfirma Gelegenheit gegeben wurde, zwölf Stunden die Geschäftsgeheimnisse der Kiebe-A.-G. zu durchschnüffeln.

Auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge kommen wir an anderer Stelle noch besonders zurück.

fordere nach den nassen Jahren, als notwendig erweisen, die unterirdisch gelegenen Arbeitsräume gegen Erdbeuchtigkeit sorgfältig zu schützen.

### Notkoller eines Reichsbeamten.

Am Montag der vergangenen Woche fand im Krematorium Gerichstraße die Einäscherung eines verstorbenen Kollegen der Arbeitnehmer einer höheren Reichsbehörde statt. Die zuständige gemeindefürsorgliche Organisation hatte wie üblich einen Kranz mit roter Schleife niederlegen lassen. Der Personalchef, der als Vertreter der fraglichen Zentralbehörde an der Feierlichkeit teilnahm, ließ sich einige Tage später den Vertreter der Betriebsvertretung kommen und erklärte ihm, daß er fernerhin sofort die Feier verlassen würde, wenn wieder ein Kranz mit roter Schleife niedergelegt wird! Wenn das Rot bei diesem Beamten eine derartige Wirkung auslöst, dann ist zu empfehlen, auch die rote Tinte aus den Amtsstuben zu entfernen.

### Ein guter Fang.

Der Kaufmann Richard Benz, Landsberger Allee 147 wohnt, fing gestern vormittag in der Habel in der Nähe des Kraftwerks bei Konradshöhe (Zegel) an einer einfachen Angel einen Karpfen im Gewicht von genau 21 Pfund. Der Fisch ist lebend im Clubrestaurant Bellevue, Hermann Bietow, in Jorsfelde bis Sonntag mittag ausgestellt, ebenfalls die Angel.

Veränderungen im Straßenbahnverkehr wegen Bauarbeiten. Wegen Bauarbeiten an der Müllerstraße, Ede Seestraße, verkehren die Linien 35 und 99 vom 22. September ab bis auf weiteres nur bis zur Seestraße, Ede Müllerstraße. — In der Nacht vom 20. zum 21. d. M. werden die Linien 3 und 69 von 1 Uhr an über Bülowstraße, Rollendorfplatz, Mohrstraße, Martin-Luther-Straße, Brunnenstraße umgeleitet.

### Raubzüge auf Güterwagen.

#### Diebeslager an der Strecke Webra-Eichenberg.

Kassel, 20. September.

Die von der Eisenbahnkriminalpolizei fortgesetzten Ermittlungen in Sachen der Güterzugüberraubungen auf der Strecke Webra-Eichenberg haben in ihrem weiteren Verlauf zu auffälligeren Entdeckungen geführt. Nachdem aus dem Versteck des Haupttäters Pfors in Braunhausen eine ganze Wagenladung an Raubgütern herausgeholt worden war, sind drei weitere große Diebeslager festgestellt worden, und zwar bei einem Fahrradhändler und einem Hotelbesitzer in Rotenburg an der Fulda sowie bei einem Gastwirt in Sontra, die beide einen schwindehaften Handel mit dem Diebesgut nach Kassel, Eisenach und Schwege betrieben haben. Unter den beschlagnahmten Gegenständen, die mehrere Wagenladungen umfassen, befinden sich außer Tuchen, Wäsche, Lebens- und Genussmitteln auch Fahrräder, große Mengen Autoreifen, Teppiche, Spielwaren, Leder, Jagdflinten usw. Zum Teil war das Diebesgut von den Räubern und Hehlern schon zur Wohnungsausstattung verwandt worden. Die Zahl der Verhafteten ist bereits auf vier gestiegen.

### Schiffskatastrophe im chinesischen Meer.

#### 159 Leichen geborgen.

Shanghai, 20. September.

Wie aus Tsingtau gemeldet wird, ist das Motorschiff „Togo Maru“, das sich mit vierhundert chinesischen Passagieren nach Tsing unterwegs befand, leck geworden und gesunken. 120 Passagiere wurden von einem amerikanischen Kriegsschiff aufgenommen. 159 Leichen wurden bereits aufgefunden, die übrigen Passagiere werden vermisst.

### Silbner nicht ermordet?

Aus Peking wird amtlich gemeldet; daß der angeblich ermordete deutsche Forscher Silbner lebt und sich zehn Tage nördlich von Chaha befindet.

### Das ungerechte Geiz.

Man schreibt uns aus der Tschchoslowakei: Ein geradezu unglaublicher Fall beschäftigte in den letzten Tagen die Gerichte. Er hat dargelegt, wie schreiend ungerecht das nackte Buchstabenrecht sein kann. Ein kleiner Häusler einer Provinzstadt sah in der Stadt Scheue Pferde, die großes Unheil angerichtet hätten. Mutig sprang er ihnen entgegen und hielt sie auch auf. Ein Pferd stürzte aber und begrub den Mann. Der erlitt einen Kieferbruch, schwere andere Verletzungen und einen so unglücklichen Beinbruch, daß ihm ein Fuß amputiert werden mußte. Er erbob Schadenersatzklage. Alle drei Instanzen wiesen ihn ab, da der Pferdebesitzer nachweisen konnte, daß er an dem Scheuen der Pferde nicht schuld war. Die Prozedkosten betragen nun 20 000 Kronen. Die Versicherung, die den Prozeß für den Pferdebesitzer führte, hat nun diese Summe von dem armen Krüppel verlangt. Sein kleines Häuschen und sein Feld sollen nun verpfändet werden.

### Vergeßliche Kaffeeinbrecher.

Zwei gefährliche Kaffeeinbrecher hatten in einem Ort Böhmens eine Bankertasse beraubt und virtuose Arbeit geleistet, da sie mit Handshuhen arbeiteten. Dennoch hatten die beiden Pech, denn sie vergaßen am Tatorte ein Stück Zeitung, auf dem ihre Adresse verzeichnet war. Diese Vergeßlichkeit wurde ihnen rasch zum Verhängnis und brachte sie wieder dorthin, woher sie eben erst nach einer Strafverbüßung entlassen worden waren.

### Sport.

#### „Klassisches“ auf der Olympiabahn!

##### Sawall gewinnt den „Gold“potal.

Um den Goldpotal von Berlin sollten am Sonntag auf der Olympiabahn die Steher Sawall, Möller, Maronnier, Binart und Wonsbau streiten. Drei Läufe über zweimal 30 und einmal 40 Kilometer waren vorgegeben. Das Ganze sollte — nach Ansicht des Herrn Lude — die Geburt eines neuen klassischen Rennens werden. Es war eine schwere Geburt. Zunächst einige Fliegerwettkämpfe, daswischen etwas Regen und endlich der erste 30-Kilometer-Lauf, der aber infolge Regens nicht beendet werden konnte. Die Bahn trocknete nur schwer ab und das Publikum wurde ungeduldig. Zur Abwechslung gab es im weiteren Verlauf der Veranstaltung eine freie Revolution. Das Publikum „besetzte“ den Innenraum und verlangte zu wissen, ob der Renntag abgebrochen wird oder nicht. Schließlich wurde der erste Lauf weitergeführt, den Sawall in 24 Minuten 29 Sekunden gewann. 2. Maronnier 360, 3. Wonsbau 500, 4. Möller 700 und 5. Binart 1650 Meter zurück. In der nächsten Abendstunde startete man schließlich den zweiten 30-Kilometer-Lauf, den abermals Sawall in 24 Minuten 45 Sekunden gewann. Maronnier folgte 60 Meter zurück vor Binart 250, Wonsbau 2100 und Möller 2850 Meter zurück. Möller hielt es für ratsam, das Tempo in der Dunkelheit nicht mehr mitzumachen und fiel freiwillig zurück. Ein nur zu begründetes Vorgehen! Inzwischen war es so dunkel, daß nicht mehr daran gedacht werden konnte, den dritten Lauf auszuführen, denn zu einer Halblampe hat es bei der Olympiabahn noch nicht gelangt. So gewann Sawall im Gesamtergebnis den „Gold“potal von Berlin. Das Rausfahren holte sich Paffenheim vor Rittel, Hufschke und Koch.

### Der achtundzwanzigfache Zechpreller.

#### Eine erfolglose Berufung.

Zum zweiten Male hatte sich das Gericht in Roabit mit dem höchst gemeingefährlichen Hochstapler und internationalen Penionsdieb Dr. Kieburg zu beschäftigen, der angeblich amerikanischer Rechtsanwalt ist.

Vor einigen Monaten war Kieburg dort, wie wir berichteten, zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte er Berufung eingelegt. Kieburg war lange Zeit der Schrecken der vornehmsten Pensionen des Berliner Westens und vieler Hotels in anderen deutschen Großstädten. Bei seiner Verhaftung fand man in seinem Besitz 20 Bund Schlüssel von Hotels und Pensionen aus aller Welt. Kieburg ist bereits in Zürich, Agrum und Wien mit Zuchthaus verurteilt worden. Seine erste Straftat, die ihm in Danzig vier Jahre Gefängnis einbrachte, sei, so erklärte er, die Beraubung eines polnischen Kuriers gewesen, dem er eine Aktenmappe mit hochpolitischen Papieren weggenommen habe. Der Angeklagte gab zu, daß er seit der Zeit seiner Entlassung aus dem Gefängnis nur noch von Hochstapeleien gelebt habe, und er räumte auch nicht weniger als 28 Penionsdiebstahle ein.

Die Hoffnung des Angeklagten auf Strafmilderung war vergeblich. Landgerichtsdirektor Siegert begründete die Verwerfung der Berufung damit, daß ein so schwerer internationaler Hochstapler keinen Anspruch auf Milde habe. Die Defensivität müsse vor derartigen Verbrechen so lange wie möglich gschützt werden. Den einzigen Erfolg, den Rechtsanwalt Dr. Fuchs mit der Berufung erzielte, war, daß das Gericht dem Angeklagten im Gegenzug zum Schöffengericht die Untersuchungshaft in Höhe von sieben Monaten auf die Strafe von fünf Jahren Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe in Anrechnung brachte.

Ein gemeingefährlicher Schwindler, den auch die hiesige Kriminalpolizei eifrig suchte, ist jetzt in Erfurt festgenommen worden. Ein 41 Jahre alter früherer Kaminbauer Hermann Heinrich Cremer, der wegen Betruges und Urkundenfälschung schon zwanzigmal bestraft ist, wurde vor zwei Jahren auch in Berlin einmal festgenommen. Ende 1925 aber entsprang er aus dem Untersuchungsgefängnis in Roabit, tunkte als Heiratschwindler eine hiesige Hotelbesitzerin an sich und verfiel mit ihr. Bald tauchte er in Straßburg auf und erbeutete dort 3000 Fr., die er unter Benutzung des gefälschten Passes eines dänischen Maschinenarbeiters auf dem Postamt abholte. Einige Monate später näherte er sich in Verona einer Dame aus München, versprach ihr die Ehe und schwindelte ihr ein Armband im Werte von 3000 Mark ab. In Hanau kaufte er einem Diamantenschleifer Brillanten ab und bezahlte sie mit einem angeblich von der Reichsbank abgehobenen Paket, das Geldrollen mit Silbergeld enthalten sollte, in Wirklichkeit aber mit Eisenstangen gefüllt war. In München spielte der Hochstapler unter dem Namen „de Vieh“ den Landgerichtsdirektor. Überall gelangen dem eleganten Ränne, der außer deutsch auch perfekt englisch, holländisch und spanisch spricht, solche Streiche. Jetzt versuchte er es in Erfurt wieder mit gefälschten Postanweisungen. Dabei aber wurde er entlarvt und festgenommen.

In den nächsten Tagen wird der Gauner nach Berlin gebracht werden, wo er noch die ihm früher subskribierte Strafe zu verbüßen hat.

### Organisation der republikanischen Hausbesitzer.

Auf einer Versammlung im Lehrerdereinshaus ist die Gründung der „Freien Haus- und Grundbesitzervereinigung Groß-Berlin“ beschlossen worden, die dem „Freien Hausbesitzerverband Deutschlands“ angegliedert ist. Dem Gründungsbeschuß, der in der einstimmigen Annahme der Statuten Ausdruck fand, ging ein instruktives Referat des Schriftstellers Josef Ernst voran. Er erklärte, daß die Republikaner den bestehenden Hausbesitzervereinen, besonders dem „Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzer“, ihre Gefolgschaft versagen müssen. Obwohl 80 Pro. der Berliner Hausbesitzer zum Mittelstand gerechnet werden müssen, herrschen in ihren Organisationen die Parteien des Kapitals, des Großgrundbesitzes und der Bodenspekulation. Die Deutschnationale Volkspartei und die Wirtschaftspartei stehen in dieser Beziehung auf einer Linie. Diese Par-

teien, die weit davon entfernt sind, eine Politik auf dem Boden der Weimarer Verfassung zu treiben, haben darüber hinaus gelegentlich des Finanzausgleiches an der Entrenchung Berlins mitgearbeitet, was gleichbedeutend mit einer schweren Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Hausbesitzer ist. Auch die „Freie Haus- und Grundbesitzervereinigung“ erstrebt die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, wofür jedoch die tatsächliche Beilegung der Wohnungsnot eine unbedingte Voraussetzung ist. Der Redner brandmarkte dann die wüste Hege, die das Organ des „Bundes der Berliner Haus- und Grundbesitzer“, das „Grundigentum“, gegen die Mieterorganisationen entfaltet hat, welche die „Freie Vereinigung“ als gleichberechtigte Faktoren anerkennt. Unter dem Gesichtspunkt, daß wirtschaftliche Fragen von politischen nicht zu trennen sind, wird die neue Organisation sich in ihrer Arbeit von den Gesichtspunkten einer entschiedenen republikanischen Politik leiten lassen. Landgerichtsrat Ruben begrüßte als Vertreter der organisierten Mieterschaft die Gründung als den Anfang einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Hausbesitzer und Mieterschaft. Rechtsanwalt Dr. Tichauer, der Syndikus der „Freien Vereinigung“, wies an dem Beispiel des Herrn Labendorf, der unter der falschen Flagge der „politischen Neutralität“ gegen die Notwendigkeit des politischen Wirkens im Kampf für wirtschaftliche Interessen. Ihre treffliche Illustration erhielten diese Ausführungen durch die Mitteilung eines Hauswärtlers, der berichtete, daß vom „Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzer“ bei den letzten Wahlen der Deutschnationalen Volkspartei, der Volkspartei und der Wirtschaftspartei je 2000 W. überwiesen worden sind.

Einmütig wurden Herr Ernst zum ersten Vorsitzenden und Professor Doegen zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Beitritts-erklärungen nimmt die Geschäftsstelle, Berlin N. 39, Müllerstr. 159a, entgegen.

### Die Strafe.

Ziel frange Glieder weist die endlos lange Kette derer, die morgens die Strafe entlang zur Arbeit eilen. Krankheit oder Krieg haben ihre Erinnerungen bei vielen eingegraben, und wollte man all die Vorübergehenden ein wenig näher betrachten, es gäbe allerlei Trauriges festzustellen. Aber wer sieht genauer hin? Niemand, denn die Zeit drängt und der tägliche Lebenskampf ruft! Aber eines Vormittags, Ede Leipziger und Charlottenstraße, da hielt doch alles, was des Weges kam, einen Augenblick inne. Aus der Straßengasse hob der Schaffner eine junge Frau heraus, trug sie wie ein Kind auf seinen Armen über den Damm und stellte sie an die Straßenecke, an ihren Platz. Eine Bettlerin war es, scheinbar an Händen und Füßen gelähmt, Juden durchführ fortwährend ihren bresthaften Körper. Sie machte den Eindruck einer schwer Herzkrankten und schrie den Passanten unverständliche Worte zu. Dann stand sie, gleich den unzähligen anderen Bettelnden, inmitten der vorüberziehenden Menschheit und taumelte einer ward ihrer gewahr. Nur die große Tragik ihres plötzlichen Erscheinens auf der mittellosen Straße ließ alle einen Moment lang aufhören.

### Selbst gerichtet.

Als Leiche wurde der Stadtoberinspektor Otto Bachsmuth wiedergefunden, dessen Verschwinden wir vor 8 Tagen mitteilten. Bachsmuth stand unter der Anklage, als Wohlfahrtspfleger größere Unterschlagungen begangen zu haben. Einige Tage vor der Hauptverhandlung verschwand er und schrieb an seine Angehörigen, daß er sich das Leben nehmen werde. Man vermutete ihn in der Gegend von Birkenwerder, die umfangreichen Nachforschungen, die die Angehörigen und die Polizei dort anstellten, blieben jedoch erfolglos. Jetzt ist er im Walde zwischen Birkenwerder und Zülsdorf tot aufgefunden worden. Er hat sich mit Beronal vergiftet. Der entstandene Schaden wird durch die Angehörigen gedeckt.

### Der Einsteinturm unerschüttert.

Vom Astrophysikalischen Observatorium in Potsdam wird uns geschrieben: Es ist eine Notiz über den Einsteinturm in Potsdam in die Presse gebracht worden, die in unerantwortlicher Weise von einer Beaufälligkeit des Einsteinturms spricht. Diese Notiz enthält jeder Begründung. Der von Fritz Rendelshagen, Charlottenburg, erbaute Einsteinturm steht unerschüttert wie je; von Beaufälligkeit ist keine Rede. Es hat sich nur, insbe-

# Das indische Textilarbeiterleben.

## Bericht der englischen Delegation.

Die indische Textilindustrie hat während des Krieges und in der Nachkriegszeit einen bedeutenden Aufschwung erlebt, und ihre Konkurrenz, gefördert durch die fast grenzenlose Ausbeutung der indischen Arbeiterschaft, ist bereits für die englische Textilindustrie — vor allem in Indien selbst, aber zum Teil auch im Auslande — ziemlich empfindlich geworden. Das niedrige Lebensniveau und die soziale Unterdrückung des indischen Arbeiters wird dabei zu einer Gefahr für die Erhaltung des Lebensstandards des englischen Arbeiters.

Die englische Arbeiterbewegung, noch vor einem Vierteljahrhundert ziemlich abgeschlossen in ihrer insularen Denkungsart, wird so durch die weltwirtschaftliche Entwicklung zum internationalen Denken direkt angespornt und fühlt sich immer mehr als ein Bestandteil der Arbeiterbewegung der Welt. Das Interesse für Indien ist dabei — in erster Linie in den Kreisen der organisierten Textilarbeiter — besonders groß. Im vorigen Jahre hat

### der englische Textilarbeiterverband

eine Delegation (M. Brothers und J. Hindle) nach Indien geschickt, um die Arbeits- und Lebensverhältnisse der indischen Textilarbeiter zu erforschen. Die Delegation (nicht zu verwechseln mit der jüngsten Delegation der Textilarbeiterinternationale mit Tom Shaw an der Spitze, über deren Ergebnisse der Genosse Furtwängler im „Vorwärts“ berichtete) hat vor kurzem einen Bericht veröffentlicht, der für die weitere Öffentlichkeit vom Interesse ist.

Die technische Ausrüstung der indischen Textilbetriebe ist oft sehr gut und gleicht derjenigen in Lancashire. Die Betriebe beschäftigen — im Gegensatz zu der Textilindustrie Europas — fast durchweg Arbeiter. Der Prozentsatz der Arbeiterinnen beträgt kaum 20 Proz. Was den englischen Arbeiterverhältnissen besonders auffällt, ist die große Zahl der Arbeiter, die in den Betrieben beschäftigt werden: bei den gleichen technischen Betriebsmitteln wie in England, wird hier die vierfache Zahl von Arbeitern angestellt. Diese Überfüllung der Betriebe mit Arbeitern steht in direktem Zusammenhang mit den sehr niedrigen Löhnen, den

### schlechten Lebensverhältnissen

und dem niedrigen Kulturniveau des indischen Arbeiters, die die Arbeitsleistung hier stark herabdrücken.

Die mittleren Monatsverdienste (für 26 Tage) der indischen Textilarbeiter betragen (umgerechnet aus der englischen, in der sie in dem Bericht angegeben sind, in die deutsche Währung):

Arbeiter bei der Zubereitung der Rohbaumwolle	Mk. 41,55
Arbeiter bei der Reinigung der Rohbaumwolle	45,90
Kardierere	49,—
Ringspinner	41,55
Arbeiter bei den Mülmaschinen:	
Maschinenwärter	68,90
Spinner	41,55
Spuler	30,00

Der Arbeitslohn wird monatlich ausgezahlt, zwei Wochen nach Ablauf der Lohnperiode. Diese Art der Lohnauszahlung in Verbindung mit den niedrigen Löhnen führt dazu, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiter — schätzungsweise bis 90 Proz. — bei den Wucherern verschuldet sind und für ihre Schulden 150 bis 300 Proz. Jahreszinsen zu zahlen haben. Die meisten Lebensmittel müssen auf Kredit gekauft werden, was oft zu einer ungünstigen Preisgestaltung führt. Durch das System von Geldstrafen, die sehr große Verbreitung finden, sowie durch zahllose Mißbräuche bei der Anstellung von Arbeitern, wodurch die Arbeiter genötigt werden, die unteren Beamten in den Betrieben zu bestechen, sei es um angestellt zu werden, sei es um die einmal erhaltene Arbeit nicht zu verlieren, wird das Lebensniveau der Arbeiter noch mehr herabgedrückt.

Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden pro Tag und 60 Stunden in der Woche, oft wird auch 11 und 12 Stunden pro Tag gearbeitet. Es wird aber nicht fortlaufend während der ganzen Arbeitszeit gearbeitet. Die zahlreichen, oft nicht geregelten, Unterbrechungen,

### zum Waschen, Beten, Rauchen und Essen

führen dazu, daß die wirkliche Arbeitszeit merklich kürzer ist und zahlreiche Erfahrarbeiter angestellt werden müssen,

um den fortlaufenden Gang des Betriebes zu sichern. Die Verfasser des Berichtes glauben annehmen zu können, daß die Einführung des Achtstundentages sich hier auch rein wirtschaftlich sehr wohl bewähren würde.

Besonders traurig sind hier die für die europäischen Arbeiter einfach undenkbarsten Wohnungsverhältnisse. In dem letzten Jahrzehnt werden oft auch von den Betrieben Arbeiterwohnungen gebaut; die Arbeiter ziehen aber ungern in diese, wenn auch wesentlich besseren Wohnungen, da sie sich hier in ihrer Freiheit beschränkt fühlen. Auch die Behörden bauen jetzt Arbeiterwohnungen und die Verwaltung von Bombay erhebt zu diesem Zwecke eine Steuer von je 1½ Schilling von jedem Ballen Baumwolle sowie eine weitere Steuer von je 1½ Schilling für je 1000 Gallons Wasser, das von den Fabriken gebraucht wird.

Kranken- und Arbeitslosenversicherung kennt man in Indien noch gar nicht. Bei den Unfällen ist der Arbeiter auf das Haftpflichtgesetz (also auch hier keine Versicherung) vom Jahre 1924 angewiesen. Manche Betriebe haben allerdings eigenen ärztlichen Dienst zuweilen selbst Krankenhäuser, Krippen und Schulen errichtet. Eigenartig ist

### das Familienleben

des indischen Arbeiters: hier herrscht noch ein starker patriarchalischer Geist. Die verheirateten Söhne wohnen oft in der Familie der Eltern, und der Vater ist dann das anerkannte Oberhaupt der Familie, dem u. a. auch die verheirateten Söhne ihren gesamten Arbeitsverdienst ausshändigen. Die Berichterstatter glauben annehmen zu können, daß diese Familienknoten es den indischen Arbeitern erleichtern, bei ihren dürftigen Einkünften ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Die Gewerkschaften bestehen in Indien seit 1918, ihre Entwicklung ist aber noch sehr dürftig und scheint in den letzten Jahren, mit dem Stillstand in der Entwicklung der Lebensverhältnisse, sich wesentlich zu verlangsamen. Die Brimitivität der gewerkschaftlichen Verhältnisse findet u. a. darin ihren Ausdruck, daß die meisten Gewerkschaften nicht von den Arbeitern, sondern von den

### idealistisch gefirmten Intellektuellen,

meist aus dem Mittelstande stammend, geleitet werden. In der Textilindustrie haben die Verfasser des Berichtes keine einzige gewerkschaftliche Organisation finden können, die von einem Arbeiter geleitet wurde. Die politischen und sozialen Probleme rücken in den Gewerkschaften in den Vordergrund; die Zersplitterung nach geistigen Richtungen ist sehr stark.

Kollektivverträge gibt es in Indien auch noch nicht. Die Hebung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der indischen Arbeiterschaft wird noch schwere Kämpfe erfordern. Die europäische Arbeiterschaft wird den indischen Arbeitsbrüdern in diesen Kämpfen tatkräftig beistehen müssen. E. S.

## Aus dem Braunkohlenreich der Mitte.

### Wachsende Erregung der Arbeiterschaft.

Die Erregung über die hartnäckige Ablehnung der Unternehmer, eine Lohnerhöhung vorzunehmen, wächst in den mitteldeutschen Braunkohlenrevieren von Tag zu Tag. Die Unternehmer haben zwar versucht, die erregte Stimmung der Bergarbeiter durch ein Flugblatt zu dämpfen, doch haben sie das Gegenteil erreicht. Die Bergarbeiter haben nicht das mindeste Vertrauen zu den Ausführenden der Arbeitgeber; das ist in allen Versammlungen der letzten Tage ganz besonders zum Ausdruck gekommen.

Am letzten Sonnabend und Sonntag wurden in den Braunkohlenrevieren über 200 Versammlungen abgehalten, die zum Teil überfüllt waren. Ohne jede Ausnahme haben die Belegschaften den Gewerkschaften erneut ihre unbedingte Befolgung bekundet. Überall konnte begeisterte Kampfstimmung konstatiert werden.

Ein merkwürdiger Vorfall ist aus Groß-Ranna zu berichten. Dort hat ein Gendarm an der Versammlung teilgenommen. Welche Aufgaben der Mann dort zu erfüllen hatte, ist sehr rätselhaft. Vielleicht äußert sich die vorgefetzte Behörde einmal darüber, von wem der Gendarm den Auftrag zur Überwachung der Versammlung erhalten hat.

Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten über die Durchführung der Kündigungsaktion kann festgestellt werden, daß

die Belegschaften im weiteren Umfange den Befehlen der Gewerkschaften auf Grund der Entschließung vom 4. September Folge geleistet haben.

### Aufruf an die Arbeiterschaft.

Die an der Bewegung beteiligten Verbände haben an die Mitglieder der Gewerkschaften folgenden Aufruf gerichtet:

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau stehen die Belegschaften augenblicklich in einer Lohnbewegung. Die Löhne sind hier außerordentlich niedrig und betragen die Tariflöhne bisher für volljährige Arbeiter 3 Mark 29 Pf. bis 5 Mark 57 Pf. für eine 10½ bis 12stündige Schichtzeit. Die Arbeitgeber suchen in allen Teilen des Deutschen Reiches Arbeiter für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Wir warnen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, bei der außerordentlich schlechten Lohnzahlung während dieser Bewegung in dem mitteldeutschen Braunkohlenbergbau Arbeit anzunehmen. Zentralverband der Bergarbeiter Deutschlands, Zentralverband der Raschmisten und Heizer, Deutscher Metallarbeiterverband, Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, Gewerksverein der Fabrik- und Handarbeiter (S. D.).

### Erhöhung der Braunkohlenpreise abgelehnt.

W. B. meldet: „Wie wir erfahren, haben die Arbeitgeber der mitteldeutschen Braunkohle erneut versucht, den Reichswirtschaftsminister dazu zu bewegen, daß er einer Erhöhung der Preise für Hausbrandbriketts im engeren Absatzgebiete um zwei Mark je Tonne und einer Erhöhung der Preise für Rohbraunkohle zustimmt. Der Reichswirtschaftsminister hat diesem Antrag aus wirtschaftspolitischen Gründen nicht zustimmen können.“

Die Unternehmer werden also das gefährliche Spiel fortzusetzen suchen, auf dem Rücken der Arbeiter ihren Kampf um eine Kohlenpreiserhöhung auszufechten.

### Tariffündigung in der Textilindustrie.

München-Gladbach, 20. September.

Die Gewerkschaften aller Richtungen haben gemeinsam das Lohnabkommen in der Textilindustrie zum 30. September 1927 gekündigt. Gleichzeitig haben die Gewerkschaften auch das Lohnabkommen in der Bekleidungsindustrie, und zwar auf den 15. Oktober, gekündigt. Hierbei wird eine Lohnerhöhung um 25 Prozent gefordert, während in der Textilindustrie dem Arbeitgeberverband noch keine Forderungen eingereicht wurden. — Die Arbeitgeber haben zu den Kündigungen noch keine Stellung genommen.

### Wie das Streikrecht in Rumänien ausieht.

In dem Streik der Bukarester Buchdrucker, die die Anpassung ihrer Löhne an die Teuerung erzwingen wollen, handelt es sich um eine rein wirtschaftliche Bewegung, zu deren Durchführung sich die Gewerkschaften aller Richtungen zu einem gemeinsamen Borgehen einigten. Dies war für die Siguranta Grund genug, um mit förmlichen Menschenjagden auf die Drucker einzugehen. Die Gewerkschaftslokale der Drucker wurden umzingelt und die darin befindlichen Arbeiter für verhaftet erklärt. Durch Mißhandlungen und Schläge sucht die Polizei die Arbeiter zum Streikbruch zu bewegen, die Versammlungen der Streikenden werden von Militär auseinandergejagt.

Man sieht, daß in Rumänien selbst die rein wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter mit den Mitteln des weißen Terrors unterdrückt werden.

Achtung, Töpfer! Ab 1. Oktober 1927 beträgt der Stundenlohn 1,65 M., der Affordzuschlag 40 Proz. Ab 1. Oktober darf nach den gesetzlichen Bestimmungen nur noch in verglästen Räumen gearbeitet werden.

Ferner weisen wir auf die kommenden Bezirksversammlungen des Bauergewerksbundes hin — siehe Mitteilungsblatt. Diese müssen restlos besucht werden. Die Fachgruppenleitung.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: G. Ringelshöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Sajtowski; Lokales und Konflikte: Feig Karstädt; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Berlog: Nordwärts-Berlog G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordwärts-Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 6.

Concordia-Palast, Andreasstraße 64  
Vom 20. bis 22. September 1927  
**Sif das Weib, das den Nord beging...**  
Außerdem:  
Das Mädchen aus der Fremde.

Viktoria-Lichtbildtheater, Frankfurter Allee 48  
Vom 20. bis 22. September 1927  
**Pique Dame**  
Ferner: Bühnenschau

**PAUL NEUGEBAUER** St. +  
Schlafzimmer-Eiche  
Gelegentlich  
Rm. 665  
Zählungs-  
erleichterung,  
ohne  
Aufschlag  
CHARLOTTENBURG  
WILMERSDORFER STR. 128 I  
Eingang Schillerstr.

**Herrenkleider-Fabrik**  
gibt bis auf weiteres Anzüge,  
Unter-, Paletots zu Fabrikpreisen  
ab. Bitte, überzeugen Sie sich.  
Kaiser-Wilhelm-Straße 24, I Tr.

**Es lohnt sich zwei Etagen zu steigen!**  
Durch Ersparnis hoher Ladenmiete  
Qualitätsware äußerst billig:  
Gardinen, Stores, Bett-,  
Tisch- und Divandecken  
**Gardinenhaus**  
Alfred Walter  
Neukölln, Seichower St. 6  
II. Etage, kein Laden!  
Telefon: F 2 2529  
direkt Untergrundbahn Boddenstraße

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99  
Vom 20. bis 22. September 1927  
Reinhold Schänzel in  
**Der Himmel auf Erden.**  
Ferner: Mein Heidelberg, Ich kann dich nie vergessen. — Bühnenschau

Passage-Lichtspiele, Neukölln, Bergstr. 151/52  
Vom 20. bis 22. September 1927  
**Die Vorbestraften**  
Ferner: Bühnenschau

**Bettfedern Adolf Pohl**  
Dresdener Straße 15  
(Fabrikgebäude)

# Die letzten Tage unseres billigen Reklame-Verkaufs

**Porzellan**

- 4 Tassen mit Goldrand, Schalenform . . . Mk. 0.95
- Speiseteller, tief und flach, Paston, mit Goldrand . . . 0.55
- Kaffeervice, bunt, Fabrikat Meissen, für 6 Personen . . . 5.90
- Tafelervice, fein dekoriert, 23teilig . . . 19.75
- Teller, massiv, für Restaurateure, 19 cm . . . 0.28
- Tasse . . . 0.28

**Steingut**

- 12 Essteller, 24 cm . . . Mk. 0.95
- 1 Satz Schüsseln, 6teilig . . . 0.95
- Essig- und Ölfaschen . . . 0.08
- Waschservice m. Goldrd., Fabrik Villeroy & Boch . . . 7.00
- Suppenterrine mit Kobaltrand . . . 1.95
- Bratenplatte, groß . . . 0.48

**Glaswaren**

- Wein-Römer, reich geschliffen . . . Mk. 0.95
- Bier- und Teebecher mit Muster . . . 0.18
- Kompotteller . . . Mk. 0.09
- Kompottschalen auf Fuß . . . 0.68
- Milchsätze . . . 0.15
- Gärfaschen . . . Mk. 1.45

**Häfen und Einmachgläser zu billigen Preisen und in jeder Größe.**

**Blei-Kristall**

- Kompottieren . . . Mk. 9.75, 7.90
- Ascher . . . 5.75
- Vasen . . . Mk. 5.90
- Zerstäuber . . . 3.90

**Stahl- und Nickelwaren**

- Tortenplatte, Messing vernickelt . . . Mk. 2.45
- Krümelschaufel mit Besen . . . Mk. 2.95
- Kaffeelöffel, Alpaka . . . 0.24
- EBbestecke . . . 1.65

**Wirtschaftsartikel**

- Thermosflasche, Original . . . Mk. 0.98
- Brotkasten, extra schwer . . . 2.95
- 1 Satz Alum.-Töpfe, 16-24 cm, schw. Ware m. Deck . . . 9.75
- Abwaschwanne . . . Mk. 0.95

**Koffer und Lederartikel**

- Zigarren-Etuis, Neuheit, Leder . . . Mk. 1.95
- Kupeerkoffer . . . Mk. 4.90, 3.90
- Benteltasche, große, elegante Form . . . 8.75
- Aktentaschen, braun und schwarz, Ia . . . 4.90

**Porzellan-Emaille-Markt Johanna Pögel** Spezialgeschäft größten Stils  
Hauptgeschäft: Berlin-Wilmersdorf, Berliner Str. 30' :: Zweiggeschäft: Berlin-Tempelhof Berliner Str. 132